

Beschäftigung im Zeitverlauf: Zunehmende Bedeutung ausländischer Staatsangehöriger

Teil 1: Entwicklung in Bund und Ländern 2024 im Langfrist- und Vorjahresvergleich

Jan Breitschwert, Martina Stroh

Die Bundesrepublik sieht sich aktuell mit zahlreichen tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen konfrontiert, die sich in Zukunft weiter intensivieren dürften: Zum einen besteht im Zuge des Transformationsprozesses bereits heute ein Mangel an geeignetem Personal, um die Energie- und Digitalisierungswende erfolgreich zu gestalten. Zum anderen verschärft der demografische Wandel mit dem sich dadurch ankündigenden Rückgang der Erwerbsbevölkerung im Land die Suche nach Arbeitskräften zusätzlich. Ein essentieller Hebel, um entstehende Arbeitskräftelücken zu schließen und die Überalterung der Gesellschaft abzufedern, ist die Arbeitsmigration aus dem Ausland. Schon jetzt wird der Stellenzuwachs in den allermeisten Bundesländern von ausländischen Staatsangehörigen getragen, während sich die Zahl der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rückläufig zeigt.

Die Aufsatzerie stellt die Beschäftigungsentwicklung der ausländischen und deutschen Staatsangehörigen einander gegenüber und unterstreicht dabei die Bedeutung von Arbeitsmigration für die hiesige Gesellschaft. Teil 1 der Serie beleuchtet die Thematik in Form eines grundsätzlichen Langfrist- und Vorjahresvergleichs auf Bundes- und Länderebene. Ausgehend von 2024, dem aktuellsten vorliegenden Berichtsjahr in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, wird nicht nur der Gesamtzeitraum der letzten 20 Jahre, sondern auch die kurzfristige Vorjahresveränderung am aktuellen Rand betrachtet (siehe i-Punkt).

2024 arbeiteten im Südwesten fast eine Million ausländische Beschäftigte

Seit 30. Juni 2004, dem repräsentativen Jahreswert in der Beschäftigungsstatistik, ist die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg um 1,2 Millionen (Mio.) bzw. 32 % auf knapp 4,93 Mio. im Jahr 2024 angestiegen. Dabei wuchs die Zahl der deutschen Beschäftigten im Süd-

westen um rund 630.100 bzw. 18,9 %. Der Be- stand ausländischer Beschäftigter hingegen nahm um 565.000 Personen bzw. 140,9 % zu, und damit im Verhältnis siebenmal so stark. So hatten zur Jahresmitte 2024 über 966.000 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in Baden-Württemberg, wohingegen die Zahl der deutschen Belegschaft mit 3,96 Mio. weit darüber lag. Allerdings steigerte sich der Anteil der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei innerhalb der vorhergehenden 20 Jahre von 10,8 % auf 19,6 %. Im Südwesten besaß demnach zur Jahresmitte 2024 nahezu ein Fünftel aller Beschäftigten keinen deutschen Pass.

Beschäftigungsaufbau der letzten 20 Jahre bundesweit fast zur Hälfte von ausländischen Beschäftigten getragen

Bundesweit ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt im Zeitraum 2004 bis 2024 um 8,39 Mio. bzw. fast ein Drittel auf 34,84 Mio. gestiegen (+31,2 %). Betrachtet man die Entwicklung auf Bundes- ebene nach Nationalität, wird der weit überdurchschnittliche Anstieg der Zahl ausländischer Beschäftigter noch etwas deutlicher:



Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit liefert vierteljährlich tief gegliederte Strukturdaten über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Sie beruht auf den Meldungen der Betriebe zur Kranken-, Renten-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung und erfasst in Baden-Württemberg rund drei Viertel aller Erwerbstätigen.

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berücksichtigt keine Beamtinnen und Beamten, Selbstständigen, unbefristet mithelfende Familienangehörige und Personen, die ausschließlich in sogenannten Minijobs tätig sind, also einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen. Die Jahresmitte, also der Stichtag 30. Juni, gilt in der Beschäftigungsstatistik als repräsentativer Jahreswert. Zu den ausländischen Beschäftigten werden seitens der Bundesagentur für Arbeit mittlerweile auch Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit gezählt.

Während die Anzahl der deutschen Belegschaft um 18 % gewachsen ist, erhöhte sich jene der ausländischen im Vergleich dazu mit 219 % zwölffach so stark. Letztere hat sich in den 2 Jahrzehnten bis 2024 folglich mehr als verdreifacht, wobei sich der Gesamtzuwachs in der Bundesrepublik auf 4,46 Mio. deutsche (54 %) und 3,83 Mio. ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (46 %) verteilte. Derweil steigerte sich der Anteil

ausländischer Arbeitskräfte im betrachteten Zeitraum bundesweit von 6,6 % auf nunmehr 16 %.

Unter den Bundesländern verlief die Entwicklung von 2004 bis 2024 jedoch sehr unterschiedlich und in puncto Beschäftigungswachstum nach Nationalität fällt ein deutliches Ost-West-Gefälle ins Auge. Hauptursächlich hierfür ist allerdings das in den

T1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland und den Bundesländern 2024 und 2004 nach Nationalität*

Gebiet	2024			2004		
	ins- gesamt ¹⁾	darunter		ins- gesamt ¹⁾	darunter	
		deutsch	ausländisch		deutsch	ausländisch
Anzahl						
Baden-Württemberg	4.925.299	3.959.219	966.078	3.730.243	3.329.148	401.095
Bayern	5.959.550	4.830.209	1.129.340	4.285.782	3.958.524	327.258
Berlin	1.686.597	1.326.247	360.250	1.035.609	971.317	64.292
Brandenburg	881.641	777.959	103.682	720.188	712.617	7.571
Bremen	345.317	294.144	51.173	273.490	257.575	15.915
Hamburg	1.073.152	891.871	181.281	733.804	679.798	54.006
Hessen	2.761.767	2.222.848	538.919	2.109.251	1.906.713	202.538
Mecklenburg-Vorpommern	577.322	535.341	41.981	514.412	511.295	3.117
Niedersachsen	3.139.939	2.742.423	397.515	2.342.842	2.247.383	95.459
Nordrhein-Westfalen	7.326.630	6.200.223	1.126.404	5.642.454	5.214.556	427.898
Rheinland-Pfalz	1.485.875	1.258.034	227.840	1.166.113	1.097.559	68.554
Saarland	390.229	331.326	58.903	346.562	316.538	30.024
Sachsen	1.637.894	1.496.357	141.537	1.371.748	1.360.780	10.968
Sachsen-Anhalt	793.259	730.396	62.862	751.556	746.240	5.316
Schleswig-Holstein	1.058.498	941.516	116.982	783.669	754.609	29.060
Thüringen	791.968	718.398	73.570	731.678	726.518	5.160
Deutschland	34.837.102	29.258.034	5.578.959	26.547.978	24.799.295	1.748.683
Ostdeutschland	6.368.681	5.584.698	783.882	5.125.191	5.028.767	96.424
Westdeutschland	28.466.256	23.671.813	4.794.435	21.414.210	19.762.403	1.651.807
Veränderung 2024 gegenüber 2004						
Gebiet	Anzahl			%		
	+1.195.056	+630.071	+564.983	+32,0	+18,9	+140,9
Baden-Württemberg	+1.673.768	+871.685	+802.082	+39,1	+22,0	+245,1
Bayern	+650.988	+354.930	+295.958	+62,9	+36,5	+460,3
Berlin	+161.453	+65.342	+96.111	+22,4	+9,2	+1.269,5
Brandenburg	+71.827	+36.569	+35.258	+26,3	+14,2	+221,5
Bremen	+339.348	+212.073	+127.275	+46,2	+31,2	+235,7
Hamburg	+652.516	+316.135	+336.381	+30,9	+16,6	+166,1
Hessen	+62.910	+24.046	+38.864	+12,2	+4,7	+1.246,8
Mecklenburg-Vorpommern	+797.097	+495.040	+302.056	+34,0	+22,0	+316,4
Niedersachsen	+1.684.176	+985.667	+698.506	+29,8	+18,9	+163,2
Nordrhein-Westfalen	+319.762	+160.475	+159.286	+27,4	+14,6	+232,4
Rheinland-Pfalz	+43.667	+14.788	+28.879	+12,6	+4,7	+96,2
Saarland	+266.146	+135.577	+130.569	+19,4	+10,0	+1.190,5
Sachsen	+41.703	-15.844	+57.546	+5,5	-2,1	+1.082,5
Sachsen-Anhalt	+274.829	+186.907	+87.922	+35,1	+24,8	+302,6
Thüringen	+60.290	-8.120	+68.410	+8,2	-1,1	+1.325,8
Deutschland	+8.289.124	+4.458.739	+3.830.276	+31,2	+18,0	+219,0
Ostdeutschland	+1.243.490	+555.931	+687.458	+24,3	+11,1	+713,0
Westdeutschland	+7.052.046	+3.909.410	+3.142.628	+32,9	+19,8	+190,3

*) Am Arbeitsort; Stichtag jeweils 30. Juni. – 1) Einschließlich Fälle ohne Angabe zum Arbeitsort und zur Nationalität.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

ostdeutschen Bundesländern vor 20 Jahren ausgesprochen niedrige Beschäftigungsniveau von ausländischen Staatsangehörigen (*Tabelle 1*).

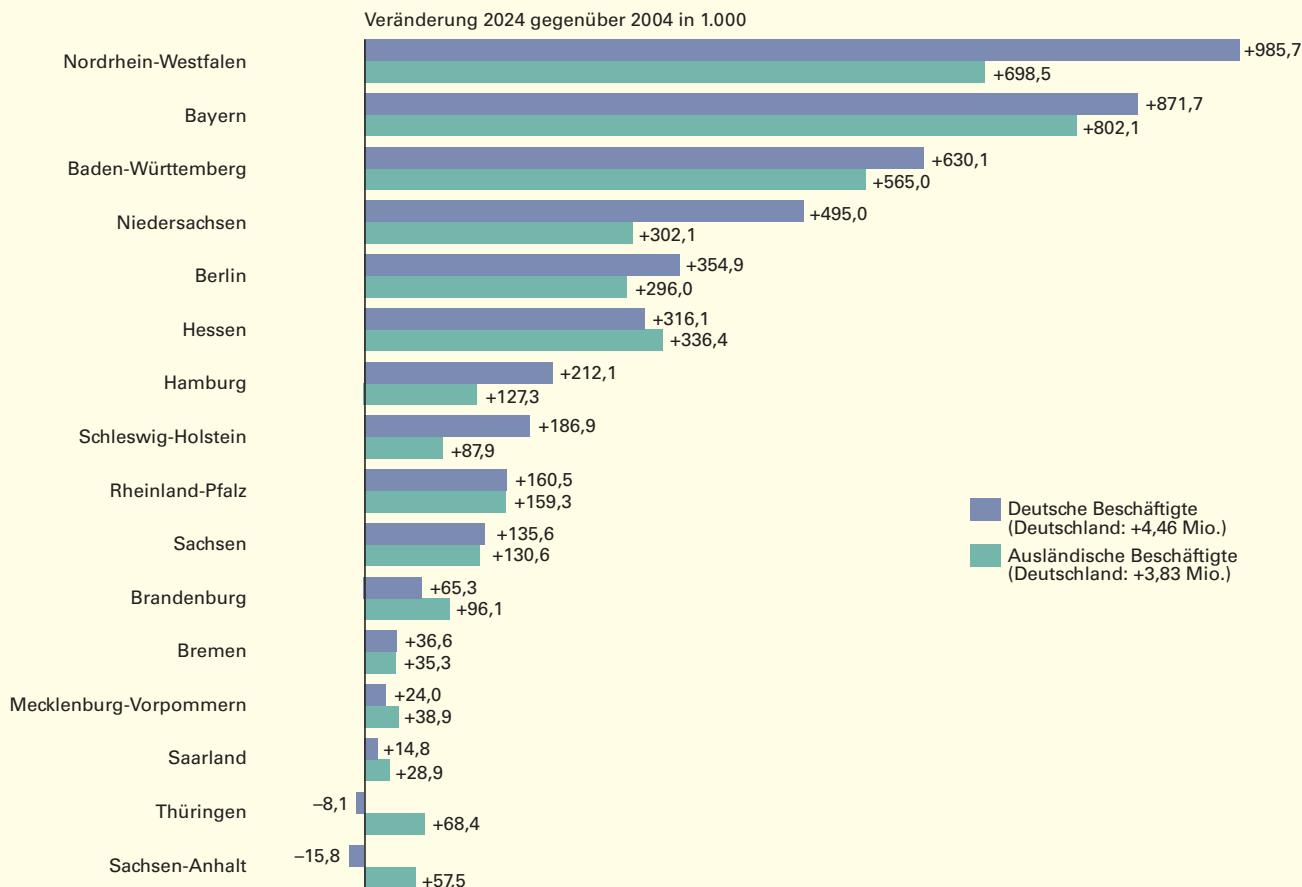
Ausländische Beschäftigte in den westdeutschen Bundesländern seit 2004 fast verdreifacht

In den westdeutschen Bundesländern stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze insgesamt um 7,05 Mio. bzw. ein Drittel auf 28,47 Mio. Dabei wuchs die Zahl der deutschen Beschäftigten um 3,91 Mio. bzw. ein Fünftel (19,8 %). Die Zahl der ausländischen Beschäftigten hat sich demgegenüber mit einem Zuwachs um 3,14 Mio. bzw. 190 % fast verdreifacht. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg war der prozentuale Beschäftigungsaufbau insgesamt mit 62,9 % und 46,2 % bundesweit am stärksten. Desgleichen wuchs hier die deutsche Belegschaft mit

36,5 % und 31,2 % wesentlich schwächer als die ausländische, deren Zuwachsraten in Berlin bei 460,3 % und in Hamburg bei 235,7 % lagen. Bundesweit konnte Bayern mit einem Plus von 39,1 % den dritthöchsten Arbeitsplatzgewinn insgesamt vorweisen. Auch dort war der prozentuale Zuwachs bei den ausländischen Beschäftigten mit 245,1 % im Verhältnis mehr als zehnmal so hoch wie bei den deutschen Beschäftigten mit 22 %. Schleswig-Holstein (+35,1 %) und Niedersachsen (+34,0 %) rangierten beim Gesamtzuwachs auf den Plätzen 4 und 5 vor Baden-Württemberg (+32,0 %). Die zahlenmäßig größten Arbeitsplatzgewinne insgesamt gab es in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit 1,68 Mio. und 1,67 Mio. neuen Arbeitsplätzen, gefolgt von Baden-Württemberg mit einer Erhöhung um fast 1,2 Mio. Der schwächste Stellenaufbau war über die letzten 20 Jahre hinweg mit rund 41.700 in Sachsen-Anhalt und dem Saarland (+43.700) zu beobachten (*Schaubild 1*).

S1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Bundesländern nach Nationalität, Veränderung 2024 gegenüber 2004*)



*) Am Arbeitsort; Stichtag jeweils 30. Juni.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

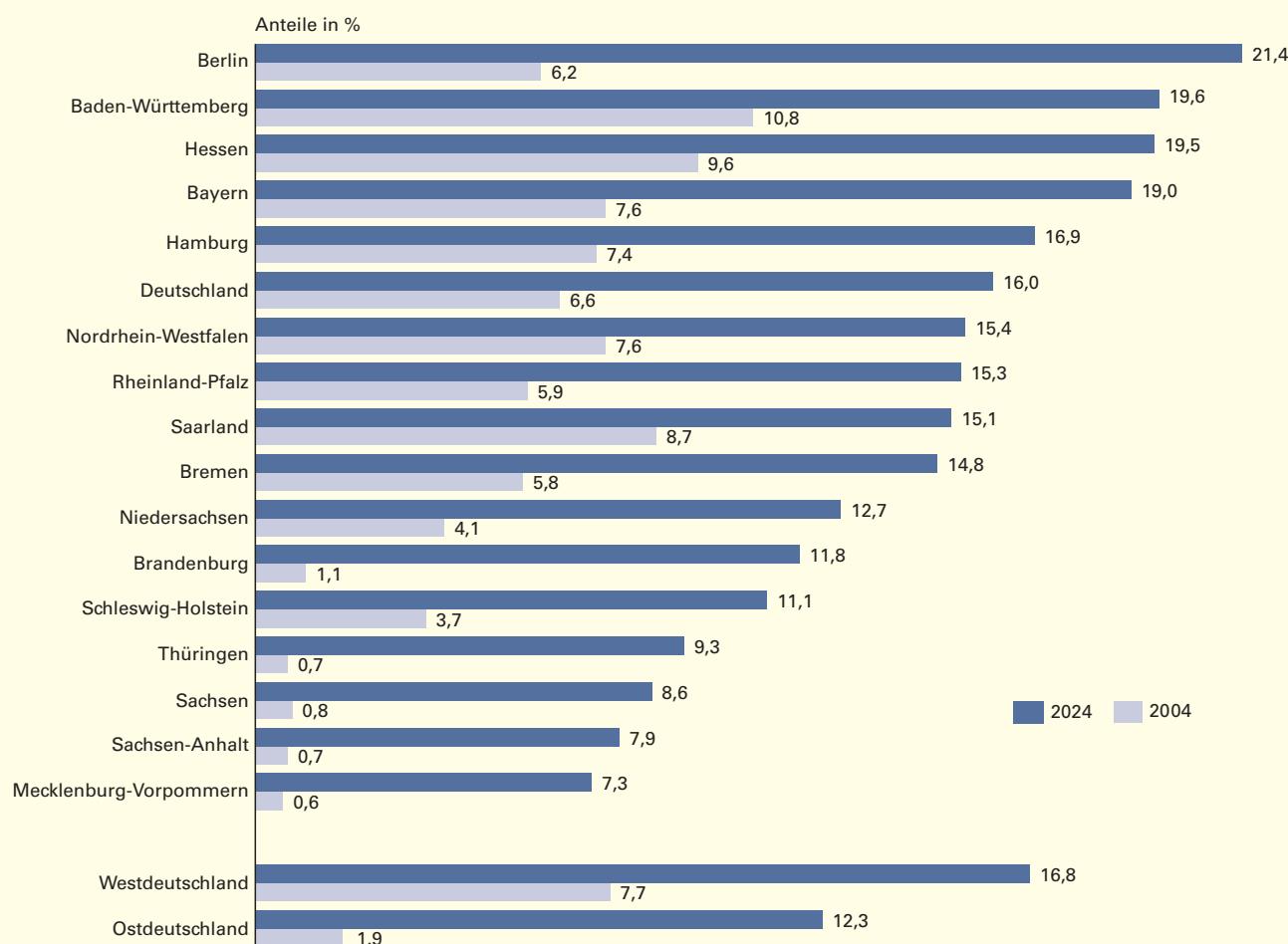
Beschäftigungsaufbau im Osten überwiegend auf ausländische Arbeitskräfte zurückzuführen

Waren zur Jahresmitte 2004 in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich gerade einmal 1,9 % der Arbeitskräfte nicht deutscher Herkunft gewesen, hatte der Anteil in den westdeutschen Ländern mit 7,7 % bereits viermal so hoch gelegen. In Mecklenburg-Vorpommern (0,6 %), Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 0,7 %) sowie in Sachsen (0,8 %) hatten die Quoten damals nicht einmal die 1-Prozent-Marke erreichen können. Brandenburg war mit ebenfalls lediglich 1,1 % das ostdeutsche Flächenland mit dem höchsten Anteil ausländischer Arbeitskräfte gewesen. Einzig aufgrund des Anteils von 6,2 % im Stadtstaat Berlin, war der ostdeutsche Wert 2004 durchschnittlich überhaupt erst auf 1,9 % gekommen (*Schaubild 2*).

In den ostdeutschen Flächenländern fiel der Stellenzuwachs mit einer Erhöhung von über 592.000 bzw. 14,5 % in den darauffolgenden 20 Jahren insgesamt nicht einmal halb so hoch aus wie in den westlichen Bundesländern. Sachsen konnte im genannten Zeitraum mit einem Plus von rund 266.100 bzw. 19,4 % das größte Gesamtwachstum unter den östlichen Bundesländern vorweisen. Hier stieg die Zahl der deutschen Belegschaft bis 2024 um rund 10 % auf 1,5 Mio. Die ausländische Belegschaft hat sich dagegen von etwas weniger als 11.000 Beschäftigten im Jahr 2004 auf über 141.500 im Jahr 2024 sogar verdreizehnfacht (+1.190 %). In Brandenburg lag der prozentuale Zuwachs insgesamt noch geringfügig höher bei 22,4 %, wobei auch hier die Zuwachsrate bei den deutschen Beschäftigten mit 9,2 % gegenüber 1.269 % bei den ausländischen verschwindend gering war. In Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde das Beschäftigungswachstum

S2

Anteil ausländischer Beschäftigter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Bundesländern 2024 und 2004*)



*) Am Arbeitsort; Stichtag jeweils 30. Juni.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

langfristig allein von ausländischen Arbeitskräften getragen, während die Zahlen der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar um 2,1 % bzw. 1,1 % zurückgingen. Die Spannweite bei den Zuwachsralten des ausländischen Beschäftigungsbestands reichte in den ostdeutschen Flächenländern über den 20-jährigen Zeitraum hinweg von 1.082 % bis 1.326 %.

2024: Beschäftigungsentwicklung zum Vorjahr ohne Teilhabe ausländischer Arbeitskräfte in fast allen Bundesländern rückläufig

Die schwache Konjunktur macht sich zunehmend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Vorjahresvergleich ist die Beschäftigtenzahl 2024 bundesweit nur noch um 0,4 % gestiegen (+128.000). Mit einem Plus von 1,1 % erzielte der Stadtstaat Hamburg den stärksten prozentualen Stellenzuwachs (+11.300). Der zweithöchste Stellenzuwachs konnte mit einem Plus von 0,8 % in Hessen beobachtet werden (+22.700). Ausschließlich in Hamburg und Hessen haben auch deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Beschäftigungsaufbau

beitragen. In den übrigen Bundesländern wuchs lediglich die Zahl der ausländischen Beschäftigten, wohingegen die deutschen Belegschaften in 14 Bundesländern geschrumpft sind. In sieben dieser 14 Länder konnten Zuwächse an ausländischen Arbeitskräften eine negative Gesamtentwicklung verhindern. Den zahlenmäßig größten Stellenzuwachs gab es mit knapp 45.400 im beschäftigungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo ein Zugewinn von fast 57.500 ausländischen Arbeitskräften einen Stellenrückgang von 12.100 deutschen Beschäftigten komensierte. Auch Bayern konnte 2024 mit zusätzlichen 47.400 ausländischen Arbeitskräften dem Vorjahresminus von 13.100 bei der deutschen Belegschaft entgegenwirken. In Baden-Württemberg betrug der Beschäftigungsaufbau nur noch 0,3 %, wobei auch hier 30.000 neu eingestellte ausländische Beschäftigte den Rückgang von 14.000 deutschen Arbeitskräften übertrafen. Des Weiteren konnte in Berlin, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein Stellenabbau allein durch Zuwächse bei den beschäftigten Ausländerinnen und Ausländern verhindert werden (*Tabelle 2 und Schaubild 3*).

T2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland und den Bundesländern 2024 und Veränderung zum Vorjahr nach Staatsangehörigkeit*)

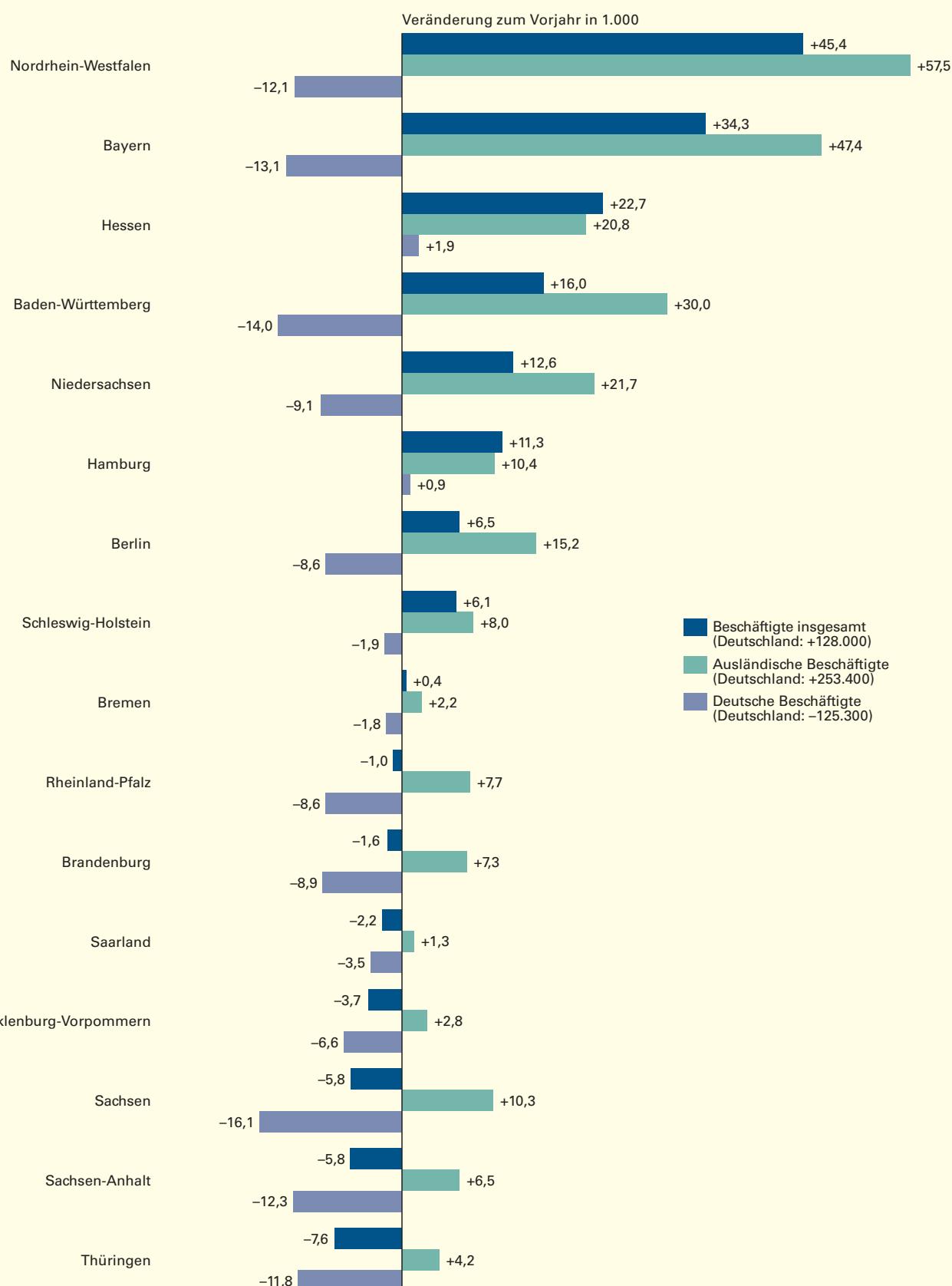
Gebiet	2024			Veränderung zum Vorjahr		
	ins- gesamt ¹⁾	darunter		ins- gesamt ¹⁾	darunter	
		deutsch	ausländisch		deutsch	ausländisch
Anzahl			%			
Baden-Württemberg	4.925.299	3.959.219	966.078	+0,3	-0,4	+3,2
Bayern	5.959.550	4.830.209	1.129.340	+0,6	-0,3	+4,4
Berlin	1.686.597	1.326.247	360.250	+0,4	-0,6	+4,4
Brandenburg	881.641	777.959	103.682	-0,2	-1,1	+7,6
Bremen	345.317	294.144	51.173	+0,1	-0,6	+4,5
Hamburg	1.073.152	891.871	181.281	+1,1	+0,1	+6,1
Hessen	2.761.767	2.222.848	538.919	+0,8	+0,1	+4,0
Mecklenburg-Vorpommern	577.322	535.341	41.981	-0,6	-1,2	+7,2
Niedersachsen	3.139.939	2.742.423	397.515	+0,4	-0,3	+5,8
Nordrhein-Westfalen	7.326.630	6.200.223	1.126.404	+0,6	-0,2	+5,4
Rheinland-Pfalz	1.485.875	1.258.034	227.840	-0,1	-0,7	+3,5
Saarland	390.229	331.326	58.903	-0,6	-1,1	+2,3
Sachsen	1.637.894	1.496.357	141.537	-0,4	-1,1	+7,8
Sachsen-Anhalt	793.259	730.396	62.862	-0,7	-1,7	+11,5
Schleswig-Holstein	1.058.498	941.516	116.982	+0,6	-0,2	+7,4
Thüringen	791.968	718.398	73.570	-0,9	-1,6	+6,0
Deutschland	34.837.102	29.258.034	5.578.959	+0,4	-0,4	+4,8
Ostdeutschland	6.368.681	5.584.698	783.882	-0,3	-1,1	+6,3
Westdeutschland	28.466.256	23.671.813	4.794.435	+0,5	-0,3	+4,5

*) Am Arbeitsort; Stichtag jeweils 30. Juni. – 1) Einschließlich Fälle ohne Angabe zum Arbeitsort und zur Nationalität.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

S3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Bundesländern 2024 nach Nationalität,
Veränderung zum Vorjahr*)



*) Am Arbeitsort; Stichtag jeweils 30. Juni.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie alle ostdeutschen Flächenländer 2024 vom Beschäftigungsrückgang betroffen

In Rheinland-Pfalz, im Saarland sowie in allen ostdeutschen Flächenländern war der Stellenzuwachs der ausländischen Arbeitskräfte 2024 gegenüber dem Vorjahr jedoch nicht groß genug, um den Gesamtabbau in den Ländern zu vermeiden. Der Rückgang in diesen Bundesländern war dabei mit einem Minus von zusammen rund 27.800 aber noch relativ verhalten. Die Spanne des Stellenabbaus reichte von 0,1 % in Rheinland-Pfalz bis zu 0,9 % in Thüringen.

Demografie und Arbeitskräftemangel: Migration als unvermeidbarer Wachstumstreiber und Schlüssel

Der überdurchschnittlich dynamisch gewachsenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausländischer Personen liegt eine Verkettung mehrerer Ursachen zugrunde:

Einerseits spielen verschiedene Facetten von Migration eine tragende Rolle. So kam es durch die in Deutschland stufenweise eingeführte Arbeitnehmerfreizügigkeit nach und nach zu einer erleichterten Beschäftigungsaufnahme für ausländische Staatsangehörige aus Ländern, die im Zuge der EU-Erweiterung ab 2004 Mitglieder des europäischen Staatenverbunds wurden. Dadurch konnte der Arbeitsort Deutschland im Ausland an Attraktivität gewinnen. Zuletzt wurde das Recht im Jahr 2015 auf Menschen aus Kroatien ausgeweitet. Zuvor hatte die Bundesrepublik den Arbeitsmarkt bereits für Angehörige der EU-Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (jeweils 2011) sowie Bulgarien und Rumänien (jeweils 2014) geöffnet.¹ Daneben führten weitere zuwanderungspolitische Maßnahmen wie beispielsweise die „Blaue Karte EU“ zu einer erhöhten Erwerbsmigration akademischer Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten.² Auch Deutschlands neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das 2023 und 2024 in zwei Stufen eingeführt wurde, baut darauf auf und hat die Möglichkeiten, hierzulande einen Job ausüben zu können, für qualifizierte Auswärtige nochmals erhöht.³ Nicht nur die arbeitsorientierte Zuwanderung, sondern auch die Fluchtmigration Schutzsuchender spiegelt sich mit zeitlichem Versatz ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigung wider.⁴ Diese war 2015 und 2022 infolge des syrischen Bürgerkrieges bzw. des russischen Angriffskrieges in der Ukraine besonders ausgeprägt, was sich auch

anhand der deutschlandweiten Nettozuwanderungszahlen 2015 (+1,1 Mio.) und 2022 (+1,5 Mio.) belegen lässt. Überdies besteht bereits seit 2010 ein positiver Wanderungssaldo.⁵

Andererseits macht sich der demografische Wandel mit reduzierteren nachkommenden Erwerbsgenerationen und gleichzeitig steigenden Renteneintrittszahlen bemerkbar. Hinzu kommt die mitunter daraus resultierende inländische Arbeitskräfteverknappung, die den Bedarf an Erwerbstätigen nicht mehr ausreichend bedient bekommt. Nicht umsonst zeigten die Entwicklungen auf den vorigen Seiten klar in Richtung Beschäftigungsaufbau seitens ausländischer Staatsangehöriger. Auch in Zukunft wird der deutsche Arbeitsmarkt stark auf erwerbsorientierte Zuzüge angewiesen sein. Einer Projektion von Kubis und Schneider zufolge könnte das Arbeitskräfteangebot in Deutschland ohne Zuwanderung bis 2040 um 10 % und bis 2060 sogar um 25 % schrumpfen.⁶ Wichtig sei vor dem Hintergrund auch, gerade nicht erwerbsbedingte Zugewanderte schneller und nachhaltig in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren, um migrantisches Erwerbspotenzial bestmöglich abzurufen.

Fortsetzung folgt: Strukturmerkmale und baden-württembergische Kreisebene

Im Weiteren wird die Aufsatzerie die geschilderte Beschäftigungsentwicklung deutscher und nicht deutscher Personen anhand hier noch nicht ausgewerteter Strukturmerkmale untersuchen und der Frage nachgehen, wie sich zum Beispiel Geschlecht, Alter oder Qualifikation in der allgemeinen Entwicklung widerspiegeln. Mit Betrachtung der baden-württembergischen Kreisebene wird die Analyse außerdem um eine Regionalperspektive erweitert. ■

Weitere Auskünfte erteilen
Jan Breitschwert,
Telefon 0711/641-29 70,
Jan.Breitschwert@stala.bwl.de
Martina Stroh, Telefon 0711/641-26 88,
Martina.Stroh@stala.bwl.de

¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2021): 10 Jahre Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-Beitrittsstaaten von 2004, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/332227/10-jahre-arbeitnehmerfrei-zueigigkeit-fuer-die-eu-beitrittsstaaten-von-2004/> (Abruf: 13.08.2025).

² Statistisches Bundesamt (2024): Erwerbsmigration im Jahr 2023 erneut stark gestiegen. Pressemeldung Nr. 177 vom 2. Mai 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemeldungen/2024/05/PD24_177_125.html (Abruf: 13.08.2025).

³ Bundesministerium des Innern (2024): Ein Jahr neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Zahlen ausländischer Fachkräfte, Studierender und Auszubildender steigen deutlich, Pressemeldung vom 17.11.2024, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemeldungen/DE/2024/11/fachkraefteeinwanderung.html> (Abruf: 15.08.2025).

⁴ Brücker, Herbert/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya/Valizadeh, Ehsan (2023): Entwicklung der Arbeitsmarktinintegration seit Ankunft in Deutschland: Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich. IAB-Kurzbericht 13/2023, <https://doku.iab.de/kurzber/2023/kb2023-13.pdf> (Abruf: 13.08.2025).

⁵ Statistisches Bundesamt (2025): GENESIS-Online Tabelle 12711-0001, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistik/12711/table/12711-0001/> (Abruf: 13.08.2025).

⁶ Kubis, Alexander/Schneider, Lutz (2024): Zuwanderung und Arbeitsmarkt – Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (Hrsg.), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Zuwanderung_und_Arbeitsmarkt_Kubis_Schneider_2024.pdf (Abruf: 13.08.2025).